

Martin Häusling, MdEP

Mitglied des Europäischen Parlaments – grüner Europaabgeordneter für Hessen, RheinlandPfalz/Saarland



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament



Briefing zur zukünftigen EU-Verordnung über **„Transparenz und Nachhaltigkeit der EU-Risikobewertung im Bereich der Lebensmittelkette“**

18.09. 2018

Um was geht es

Die Zulassungsverlängerung des Unkrautvernichters Glyphosat hat Europa bewegt. Mehr als eine Million Bürgerinnen und Bürger in ganz Europa haben die Bürgerinitiative [„Verbot von Glyphosat und Schutz von Menschen und Umwelt vor giftigen Pestiziden“](#) genutzt um ihre Unzufriedenheit über das aktuelle Zulassungssystem von Pestiziden und ihre Forderung nach giftfreier Landwirtschaft auszudrücken.

Die Europäische Kommission kam einige Monate später mit einem neuen Verordnungsvorschlag heraus, der als Antwort auf die Bürgerinitiative bezeichnet wird und die Sorgen der Bevölkerung aufgreifen und zerstreuen soll: der neuen [EU-Verordnung über Transparenz und Nachhaltigkeit der EU-Risikobewertung im Bereich der Lebensmittelkette](#). Dieser wird aktuell im Europäischen Parlament und im Europäischen Rat unter die Lupe genommen und ausgestaltet. Für die Grünen bin ich der zuständige Verhandlungspartner im federführenden Umwelt- und Gesundheitsausschuss des Europäischen Parlaments.

Der Verordnungsvorschlag in Kürze

Neben Änderungen des Allgemeinen Lebensmittelrechts wird die neue EU-Verordnung u.a. Auswirkungen haben auf Rechtsvorschriften bezüglich:

- Gentechnik
- Futtermittelzusatzstoffe
- Lebensmittelkontaktmaterialien
- Pestizide
- neuartige Lebensmittel (Novel foods)

Die Europäische Kommission gibt als **Ziel der neuen Verordnung** an, dass Bürgerinnen und Bürger leichter auf die Informationen zugreifen können sollen, die der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit ([EFSA](#)) zu Genehmigungszwecken innerhalb der Lebensmittelkette übermittelt werden. So soll transparenter werden mit welchen wissenschaftlichen Studien

Antragsteller aus der Industrie die Sicherheit ihrer Wirkstoffe, z.B. Pestizide und Lebensmittelzusatzstoffe, belegen wollen.

Wissenschaftler aus den EU-Mitgliedsstaaten sollen zudem stärker in die Genehmigungsverfahren eingebunden werden. Außerdem will die Europäische Kommission, das erschütterte Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen, indem sie ihre Risikokommunikation verbessert.

Wenn aus den Kommissionsvorschlägen gängiges EU-Recht werden soll, ist **höchste Eile geboten**: im Mai 2019 endet die aktuelle Legislaturperiode im Europäischen Parlament und in der Europäischen Kommission. Auch wenn wir viele weitergehende Vorschläge zur Reform des Allgemeinen Lebensmittelrechts haben, werden wir uns auf den vorliegenden Vorschlag beschränken müssen, wenn wir eine Einigung erreichen wollen.

Wir Grüne finden es grundsätzlich gut, dass die Kommission die Risikobewertung der EFSA transparenter gestalten möchte. Jedoch gibt es einige Schlupflöcher, die dazu führen könnten, dass genau das Gegenteil erreicht wird. Entscheidend ist nun, den **Kommissionsvorschlag so abzuändern, dass er tatsächlich eine höhere Transparenz bei der Zulassung von Pestiziden schafft**.

Die neue EU-Verordnung - wofür setze ich mich ein?

• Transparenz bei der Risikobewertung

Wir haben es in der Vergangenheit viele Male erlebt - und erleben es noch immer: Chemiefirmen, wie Monsanto, die die Unbedenklichkeit ihres Produkts mit Studien zu belegen versuchen, die sie selbst geschrieben haben. Zudem erwirken sie sich mit dem Hinweis, ihre Geschäftsgeheimnisse wahren zu müssen, dass sie ihre Studien nicht oder nur teilweise veröffentlichen müssen. Transparenz sieht anders aus und ich fordere deshalb:

- dass Antragsteller ihre eingereichten Studien zur Unbedenklichkeit des Produkts öffentlich machen müssen bevor die EFSA die Zulassung für dieses Produkt erteilt und die Öffentlichkeit die Möglichkeit bekommt, sich in dieser Phase der Risikobewertung durch die EFSA einzubringen
- dass das Recht, auf Nachfrage Zugang zu verwendeten Studien zu erhalten ([„access to documents“](#)) nicht eingeschränkt wird

• Vertraulichkeit - Gesundheit vor Geschäftsgeheimnissen

Das Argument der Vertraulichkeit wird von Industrie-Vertretern gerne bemüht. Sie fürchten, dass die Offenlegung zu vieler Informationen die Innovationslust und den Geschäftserfolg von Herstellern bremsen. Der Vorschlag der Europäischen Kommission ist so formuliert, dass er den Herstellern noch mehr Geheimhaltung als bislang zugesteht. Dagegen gehe ich an und setze mich dafür ein

- dass die Gesundheit von Menschen und Tieren sowie die Intaktheit der Umwelt immer Vorrang vor der Wahrung von Geschäftsgeheimnissen haben müssen
- dass es sehr enge, streng umrissene Kriterien dafür gibt, was vertraulich bleiben kann
- dass geheim gehaltene Informationen deutlich gekennzeichnet werden (schwarze Balken) - so wird wenigstens deutlich wo und wieviel geheim bleibt
- dass alle Anfragen um Vertraulichkeit in eine Statistik übergeführt werden, die veröffentlicht wird

- den im Kommissionsvorschlag vorgesehenen Passus zu streichen, dass die Offenlegungspflichten umgangen werden können, wenn Informationen des geistigen Eigentums betroffen sind.

- **Exzellente Wissenschaftler in der EFSA**

Die Kommission macht einige Vorschläge, die Strukturen innerhalb der EFSA zu verändern. Ich bin dafür, dass unsere Behörde für Risikobewertung über eine klar umrissene Arbeitsaufteilung und beste Brain Power verfügt. Folgendes muss dafür erfüllt sein:

- dass die Experten im wissenschaftlichen Ausschuss der EFSA aktive Wissenschaftler mit Publikationen in peer-revieweden wissenschaftlichen Journalen sind - und nicht wie so oft von den Mitgliedsländern geschickte Beamte
- dass die Begründung für die Auswahl der Mitglieder des Verwaltungsrates und der wissenschaftlichen Ausschüsse öffentlich gemacht werden.
- dass "Vorab-Treffen" von Antragstellern mit EFSA Mitarbeitern ausgeschlossen werden. Die von der Kommission vorgeschlagene Möglichkeit für Unternehmen, vor Einreichung der Antragsunterlagen Beratung durch die EFSA einzuholen, kann zu Befangenheit bei der Prüfung der Unterlagen führen. Ich bin deshalb dafür, dass es keinen persönlichen Kontakt, sondern nur eine schriftliche Beantwortung von Fragen geben soll. Der schriftliche Austausch soll zudem öffentlich gemacht werden.

- **Umfassende Risikokommunikation**

Lebensmittelskandale wie der Fipronilskandal, werden bislang in unterschiedlichen EU-Ländern oft unterschiedlich bewertet und öffentlich kommuniziert. Ich unterstütze eine Verbesserung der EU-Risikokommunikation. Sie darf nicht zur einer ‚Einlullung‘ der Bevölkerung führen, sondern muss sicherstellen

- dass die Öffentlichkeit die Möglichkeit hat, sich vollständig über die Hintergründe, erwogenen Handlungsoptionen und die Gefahrenbeurteilung im Falle eines Lebensmittelskandals (Gefahr durch ein Lebensmittel oder betrügerische Praktiken) zu informieren - und nicht nur die Ergebnisse des Risikomanagements mitgeteilt bekommt
- dass auch NGOs und die Zivilbevölkerung die Möglichkeit bekommen, sich gleichberechtigt zu Industrievertretern einzubringen

Was wird in den nächsten Monaten im Europäischen Parlament passieren?

Alle mit dem Verordnungsvorschlag betrauten Parlamentarier haben ihre Positionen eingebracht. Mitwirken können neben dem federführenden Umweltausschuss der Landwirtschafts-, der Fischerei- und der Rechtsausschuss. In den nächsten Monaten werde ich als zuständiger grüner Schattenberichterstatter mit den Kollegen der anderen Fraktionen versuchen, zu einer gemeinsamen Position zu gelangen.

Die Berichterstatterin, Renate Sommer von der CDU, will schnell Tatsachen schaffen und hat den Kommissionsvorschlag dahingehend abgeschwächt, dass keine Informationen über verwendete Studien öffentlich gemacht werden sollen, bevor nicht die Stellungnahme der EFSA vorliegt, ob das entsprechende Pestizid zugelassen werden kann. Mein Ziel ist es, der industriefreundlichen Frau Sommer Paroli zu bieten - im Sinne einer wahren Transparenz und für Umwelt und Verbraucher.